



MSV DUISBURG

Eine böse Überraschung für alle MSV-Fans: Der drohende Zwangsabstieg trifft auf Widerstand, nicht nur in Duisburg selbst.
► Seite 3



HOMO-EHE

In Frankreich ist die erste gleichgeschlechtliche Ehe unter Dach und Fach. Doch es gibt auch emanzipatorische Kritik.
► Seite 7

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:
► www.akduell.de

Polizeigewalt nicht nur in der Türkei

Neun Festnahmen - das ist die Bilanz des Polizeieinsatzes in der Essener Innenstadt gegen Teilnehmer*innen einer Soli-Demo gegen die Türkische Regierung. 500 Demonstrant*innen hatten sich versammelt, um friedlich ihre Solidarität mit den aktuellen Massendemonstrationen gegen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan auszudrücken. Auslöser der Bürger*innenproteste waren die Pläne des Premiers, den kleinen Gezi-Park im Vergnügungs- und Szeneviertel Taksim in Istanbul für eine weitere Shoppingmall platt zu machen. Jetzt entlädt sich die lange aufgestaute Wut gegen die Repressionspolitik der Regierung.



Die Staatsgewalt in der Türkei setzt tausende Gaspatronen ein. (Foto: Eser Karada/ flickr.com/CC-BY-ND 2.0)

Die Protestgruppe, die sich auf dem Kennedyplatz in der Essener Innenstadt am 2. Mai versammelt hatte, berichtet vom Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken, sowie Leibesvisitationen. „Wir waren am Nachmittag mit mehreren VertreterInnen der Linken aus Bochum zu der Kundgebung in Essen angereist, um unsere Solidarität mit den GegnerInnen des Erdogan-Regimes in der Türkei zu zeigen“, sagt Mehriban Özdoğan, Sprecherin der Bochumer Linken. Wie auch schon bei den Blockupy-Protesten in Frankfurt habe die örtliche Polizei aber offensichtlich kein Interesse an einem friedlichen Demonstrationsverlauf“, kritisiert Özdoğan.

Brutaler Polizeieinsatz auf dem Kennedyplatz

„Ohne ersichtlichen Grund kam es zu brutalen Polizeieinsätzen und es wurde massiv Pfefferspray gegen die friedlichen DemonstrantInnen eingesetzt“, so Özdoğan weiter. „Das ging so weit, dass ein Vorstandsmitglied Der Linken aus Bochum zur Behandlung einer Augenverletzung

ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Weitere TeilnehmerInnen aus Bochum wurden festgenommen oder Leibesvisitationen unterzogen“, so Özdoğan weiter. Auch von Aktivist*innen hochgeladene Videos, zeigen Beamt*innen mit Schlagstöcken im Anschlag.

Vertreter*innen der Linken kritisieren die Maßnahmen scharf: „Eine Gruppe von 60 bis 80 Versammlungsteilnehmern wurde am Hirschlandplatz eingekesselt.“ Zudem habe sich der Einsatzleiter geweigert, den Einkesselten mitzuteilen, warum ihre Bewegungsfreiheit aufgehoben ist. „Dabei sind nach höchstrichterlicher Rechtsprechung Kesselungen rechtswidrig“, sagt Niema Movassat, Mitglied der Bundestagsfraktion. „Mir wurde von der Polizei verweigert, mit den Betroffenen zu sprechen. Es ist das erste Mal in meiner Tätigkeit als parlamentarischer Beobachter bei Versammlungen, dass die Polizei jeglichen Dialog ablehnte. Hier müssen Konsequenzen gezogen werden. Es kann nicht sein, dass sich die Essener Polizei quasi einen

rechtsfreien Raum schafft“, so Movassat. Die Linke kündigt an, den Bundespräsidenten zu informieren, sowie rechtliche Schritte einzuleiten.

Hunderttausende demonstrieren gegen Erdogan

Während in Deutschland Pfefferspray und Schlagstöcke zum Einsatz kommen, setzt die Staatsgewalt der Türkei Wasserwerfer, tausende Tränengaspatronen und Massenfestnahmen ein, um die Demonstrant*innen in Schach zu halten. In 67 Städten sind bis jetzt bei über 200 Kundgebungen Hunderttausende Bürger*innen auf die Straßen gezogen. Dabei sollen über 1500 Protestierende festgenommen und tausende Aktivist*innen verletzt worden sein. Zwischenzeitlich war sogar von zwei Toten die Rede. Die Zentren der noch immer laufenden Demonstrationen sind der Gezi-Park in Istanbul, sowie der Regierungssitz in der Hauptstadt Ankara.

Und das alles nur wegen ein paar Bäumen in einem kleinen Park in Istanbul? Nein, es sind die wahnsinnigen Bauprojekte des Regierungschefs

Erdogan, die die Menschen anprangern. Eine geplante dritte Brücke über den Bosphorus oder ein über 250 Meter hohes Hochhaus in Istanbul, die Regierung rückt trotz Proteste der Bürger*innen mit Bulldozern an, um geplante Bauvorhaben, wenn nötig auch mit Gewalt durchzusetzen. Für Gegner*innen des Premiers ein Sinnbild für die aktuelle Politik: Repression statt Demokratie.

60 Journalist*innen in Haft

Denn obwohl Erdogan mit seiner Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) mit großer Mehrheit in seine dritte Amtszeit gewählt wurde, ist die Wut bei Kritiker*innen groß. Die gewollte Wiedereinführung der Todesstrafe, das geplante Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen, die Regulierung von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum und die Zensur des Internets treiben die Bürger*innen gegen den Despoten auf die Straße. Doch auch hier macht sich die Macht des Ministerpräsidenten bemerkbar: kein türkischer Sender strahlt dieser Tage noch Protestbilder aus. In einem Land, in dem 60 Journalist*innen im Gefängnis sitzen, ist es mit der Meinungsfreiheit nicht weit her. Eingeschüchtert von Erdogan, der oppositionelle Journalist*innen bedroht, beleidigt oder Entlassungen veranlasst, strahlt CCN Türk eine Reportage über Pinguine aus während die Regierung Wasserwerfer in Istanbul einsetzt.

Und der Ministerpräsident? Der dementierte mit den Worten: „Wenn sie jemanden Diktator nennen, der ein Diener des Volkes ist, habe ich nichts mehr zu sagen.“ Für die Demonstrant*innen eine weitere Provokation. Sie werden weiter auf die Straße gehen, nicht nur für den Gezi-Park, sondern für das Ende der oppressiven Regierung unter dem dritten Kabinett Erdogans. [mac]

**DER EKELBARON
MELDET SICH ZU WORT****Istanbul ist
Konstantinopel**

Im November 1922 traf das Osmanische Reich ein vergleichbares Schicksal, wie einige Jahre zuvor auch das Deutsche Kaiserreich. Bürgerliche Nationalisten hatten das Volk betört und die legitime Herrschaft durch eine Republik ersetzt. Schon für das Römische Reich war Konstantinopel einst Stolperstein gewesen, wo man fern der Kirche versucht hatte, ein neues Machtzentrum aufzubauen. Was im heutigen Istanbul als kleinbürgerlicher Aufstand begann, könnte sich nun zum Waterloo bürgerlicher Irrlehren entwickeln.

Als Atatürk einst den Türken eingeredet hatte, sie seien das älteste Volk der Welt, das sich bis zu Atilla und Dschingis Khan zurückverfolgen lasse, und sich anschickte, neben der Hutmode auch das Reich seinem Größenwahn anzupassen, begeisterte sein Charisma die Massen. Der heutige Ministerpräsident Erdogan weiß sich mit väterlicher Aura und religionsfreundlicher Gesetzgebung Sympathien zu sichern, droht aber Großstadtbewohnern mit süddeutschen Zuständen: Abholzungen, Alkoholverbote und Autoritätsdemonstrationen.

Noch wutbürgert das Volk ziellos vor sich hin und scheint zu glauben, man müsse bloß eine neue Regierung wählen. Leichtfertig macht es sich so zum Spielball bürgerlicher Kräfte in Armee, Religion und Politik. Erst wenn diese falsche Solidarität aufgekündigt wird, gäbe es wieder Hoffnung, dass das Osmanische Reich den bürgerlich-nationalen Tand endlich abstreifen und wie ein Phoenix aus der Asche steigen könnte.

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

Der RCDS mag Egotronic nicht

Seitdem die CDU-nahe Hochschulgruppe RCDS vor zwei Wochen bekanntgegeben hat, in diesem Jahr nicht für das Studierendenparlament zu kandidieren, scheint sie sich als eine Art außerparlamentarische Opposition neu zu erfinden. Stein des Anstoßes war dieses Mal der Auftritt der Elektropunkband Egotronic auf dem AStA-Campusfestival am vergangenen Mittwoch. Der Sänger Torsun Burkhardt habe Fans auf die Bühne gelassen und sich obendrein kritisch über Deutschland und die SPD geäußert. Der RCDS sprach von einem „katastrophalen Schaden am Ruf der Universität“ und forderte Konsequenzen von NRW-Forschungsministerin Svenja Schulze. Bei Facebook erntete die konservative Hochschulgruppe dafür vor allem Spott.

Nachdem das Campusfestival verregnet angefangen hatte, besserte sich das Wetter Abends merklich. Bei den Auftritten von „The toten Crackhuren im Kofferraum“ und „Egotronic“ wurde vor der Bühne ausgelassen Pogo getanzt. Doch nicht alle Zuschauer*innen ließen sich von dieser Stimmung anstecken: Am folgenden Tag veröffentlichte der RCDS eine Pressemitteilung auf seiner Facebookseite, auf der die Gruppe Performance und Texte des Headliners Egotronic kritisierte und den AStA aufforderte, sich von dem Auftritt zu distanzieren. Hier sei „Hass gegen Deutschland (...) und die SPD“ verbreitet worden. Zudem hätten Fans auf der Bühne Fahnen der Antifaschistischen Aktion geschwenkt.

Gedenken an Solinger Brandanschlag verfassungsfeindlich?

Hintergrund war der zwanzigste Jahrestag des rassistisch motivierten Mordanschlags in Solingen, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Der Egotronic-Sänger hatte an die Rolle der SPD erinnert, die nach den Pogromen der frühen Neunzigerjahre gemeinsam mit der CDU/CSU eine Grundgesetzänderung durchstimmte, die in der Konsequenz auf die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl hinauslief. Egotronic kritisieren in ihren Texten seit Jahren Deutsch-



Ein Konzertfoto für die Ministerin: Der RCDS polemisiert gegen Antifaschismus auf dem Campusfest. (Foto: aGro)

tümelei und Rassismus. Dietmar Schulmeister, der stellvertretende Vorsitzende des RCDS, bezeichnete die Band daher als „Feinde der Verfassung“.

Doch auch unabhängig von politischen Standpunkten der Bands sprechen sich die Jungkonservativen radikal gegen Konzerte und Sommerfeste aus AStA-Geldern aus. „Jeder soll mit seinem Geld machen was er oder sie will, dazu zählen selbstverständlich auch Konzerte. Wenn dies aber mit den Geldern von knapp 40.000 Studenten geschieht, dann ist eine Schwelle überschritten!“ wird RCDS-Vorstandsmitglied Anna Diekmann in der Meldung zitiert, die auf Facebook 64-mal geteilt wurde. Dass dies nicht bloß Unterstützer*innen waren, ist wahrscheinlich: Auch Egotronic-Sänger Torsun Burkhardt klickte auf „Gefällt mir“.

Ministerin soll eingreifen

Doch bei diesem einen Statement des RCDS blieb es nicht. Auch auf der Facebookseite von NRW-Forschungsministerin Svenja Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) postete die konservative Hochschulgruppe wenig später ein Konzertfoto, und fragte die Ministerin, warum derartige Konzerte auf Universitätsgrundstücken nicht von staatlicher Seite verhindert würden. „Wie kann es sein, dass solch eine

Band auf staatlichem Grund gegen die Demokratie hetzt? Wie kann es sein, dass so etwas nicht verhindert wird und Linksautonomen derlei Bühne gegeben wird?“, heißt es in dem offenen Brief. Als „aufrichtige Demokratin“ müsse Schulze hier reagieren. Eine solche Reaktion blieb bisher erwartungsgemäß aus, dafür ging es in den Kommentaren hoch her.

Der Student Dominik Hausmann war hier nur einer von vielen, die durch rechte Parolen auffielen. Sein Ratschlag an AStA-Referent Daniel Lucas ist symptomatisch für das Diskussionsklima: „Wer hat dir eigentlich das Wort erteilt? Bevor du große Reden schwingst geh erst mal zum Friseur, rasier dich und dann leiste mal etwas. Und wenn du das geschafft hast, dann darfst du dich gerne wieder an mich wenden.“

Christian Schluck, der im vergangenen Jahr Kulturreferent des Juso-GHG-AStA war, kritisierte den offenen Brief hingegen: „Welche Ministerinnen werden eigentlich angeschrieben, wenn man den Eindruck hatte, dass Menschen für Menschen etwas richtig Geiles auf die Beine gestellt haben? Wieso verschweigt der RCDS, dass studentische Gruppen die Chance hatten, als Teil der studentischen Selbstverwaltung ein super Festival mitzugestalten?“ [aGro]

Zebras vor dem Bundesliga-Aus

Ohne Frage, ein Abstieg tut weh. Schon wenn der Lieblingsclub wegen sportlicher Fehlritte in die unteren Ligen abrutscht. Doch im Fall des MSV Duisburg ist die Enttäuschung der Fans besonders groß. Der Verein steht jetzt am Abgrund, weil die Lizenz für die 2. Bundesliga von der Deutschen Fußball-Liga (DFL) nicht erteilt wurde. Wegen eines Liquiditätslochs in Höhe von 10 Millionen Euro könnte den Verein jetzt sogar bis in die Oberliga abstürzen.

Erst kürzlich konnte der MSV Duisburg sich über sein 111-jähriges Bestehen freuen. Seit vergangener Woche ist der Traditionsverein allerdings alles andere als zum Feiern aufgelegt. Gerade für die Fans der Duisburger Zebras war der Schock besonders groß: Denn der MSV erhält für die kommende Saison keine Lizenz für die zweite Bundesliga. Und das, trotz eines soliden elften Tabellenplatzes und somit dem zumindest sportlichen Klassenerhalt. Das ist allerdings das Ergebnis jahrelanger Finanzprobleme des Meidericher Urgesteins. Bis zum Stichtag, dem 29. Mai, sollte der MSV der DFL, wie alle anderen Vereine beweisen, dass er die 2. Bundesliga auch finanziell gestemmt bekommt – und scheiterte.

Zu teures Stadion?

Schuld an der Misere ist für viele schon lange das zu teure Stadion, das 2003 das ehemalige Wedaustadion ersetzte. Für die rund 31.500 Sitzplätze sollen die meisten Schulden angefallen sein. Für den MSV heißt das nicht nur nach 24 Jahren Profifußball möglicherweise bis in die Oberliga abzusteigen. Wegen ausbleibender Einnahmen könnte der Verein jetzt sogar in die Insolvenz abrutschen.

Derzeit stehen jedoch noch Zerwürfnisse der drei Hauptakteure im Vordergrund: der Geschäftsführung des MSV, dem Hauptsponsoren Schauinsland-Reisen und dem Baumogul Walter Hellmich, der einst das Stadion hochzog und dem nun ein Drittel der Anteile der Stadiongesellschaft gehören. Ex-Präsident



Blieben die Ränge im MSV-Stadion bald leer? Die Zebras erhielten keine Bundesligalizenz von der DFL und könnten jetzt bis in die Oberliga absteigen. Die Stadiongesellschaft könnte pleite machen. (Foto: Sascha Brück/ CC-BY-SA 3.0)

Hellmich rettete die Zebras erst vergangenen Winter mit einer Finanzspritze von 600.000 Euro. Am Stichtag steuerte er dann noch einmal 500.000 Euro bei und forderte dafür laut WAZ-Berichten die Mitbestimmung über zwei Aufsichtsratsposten. Nach den Richtlinien der Deutschen Fußball-Liga ist das gar nicht möglich.

Schlammenschlacht zwischen den Hauptakteuren

Doch die Lücke für die Lizenz der DFL, die auf rund 10 Millionen Euro geschätzt wird, hätten ohnehin nur groß angelegte Rettungspakete und Zukunftsvisionen füllen können. Die hatte der Sponsor Schauinslandreisen zwar, jedoch fand darin Hellmich keinen Platz. Nach nächtlicher Krisensitzung zog sich der Sponsor enttäuscht zurück. Der Bauunternehmer bleibt an Bord und die Sponsoren, verlassen es mit dem Geld noch in den Händen. Und Hellmich rechnet in einem öffentlich gewordenen Brief an die Geschäftsführung ab: „[...] die Totengräber von innen und außen haben ganze Arbeit geleistet, sodass der MSV unmittelbar vor der Insolvenz steht.“ Die Fans des MSV kämpfen jedoch für ihren Verein.

Seit Bekanntgabe ziehen die Anhänger*innen jeden Tag vor das Stadion, um zu demonstrieren. Auf Facebook organisieren sie sich auf verschiedenen Seiten wie „Rettet den MSV“, „MSV-Modus“ und „Getrennt in den Farben vereint in der Sache – der Pott hält zusammen“ und rufen zu Soli-Demonstrationen auf. „Wir möchten euch dazu aufrufen, ob MSV-Fan oder nicht, den MSV vor der Insolvenz zu retten. In den Farben getrennt, in der Sache vereint“, ruft die Seite Rettet den MSV auf, die schon über zehntausend Daumen gesammelt hat. Hunderte Fans der verschiedensten Mannschaften zeigten darauf Streifen und schickten Fotos mit ihrem Trikot und dem Schal der Zebras aus Solidarität um den Hals an die Seitenbetreiber*innen. Dazu schickten sie massenhaft Unterstützungsmails an die DFL.

Um 300.000 Euro verrechnet

Immer wieder finden sich Fans vor dem Duisburger Stadion ein, und verlangen nach Antworten und neuen Informationen zur Lage. Doch auch ihre Wut über die derzeitige Situation können die Fans nicht unterdrücken, der sich nicht zuletzt an Hauptsponsor

Helmich richtet: Vergangene Woche machten mutmaßliche MSV-Fans ihrem Ärger in Form von Farbbeutel Luft, die sie gegen den Firmensitz Helmichs warfen.

Die Leitung des Gründungsmitglieds der Bundesliga wird nun wahrscheinlich das Schiedsgericht der Bundesliga anrufen: „Der MSV ist mit allen Beteiligten fest davon überzeugt, alle Bedingungen zur Erlangung der Lizenz fristgerecht eingereicht zu haben“, hieß es in einer Pressemitteilung des Clubs. Informationen des Sport-Informationsdienstes (sid) zufolge, heißt es allerdings, dass sich der MSV im Lizenzierungsverfahren um rund 300.000 Euro verrechnet habe. Ähnliche Probleme hatten kürzlich auch die Kickers Offenbach mit dem Lizenzantrag. Wegen eines Formfehlers war dem Drittligen die Lizenz verwehrt worden.

Was nun bleibt, ist der Gang vor den Lizenzierungs-Beschwerdeausschuss des DFB. Dieser entscheidet, ob die DFL Verfahrensfehler gemacht hat oder nicht. Solange ist auch für die Zebras der Verbleib in der Bundesliga unklar. Wenn der weiße Ritter mit dem Goldkoffer schon nicht angeritten kam, hilft nur noch der bürokratische Weg. [mac]

„Starke Frauen – Schwerer Weg“

Unter diesem Titel beschäftigt sich eine Podiumsdiskussion des Duisburg-Essener Frauenreferates am 11. Juni mit der Diskriminierung muslimischer Frauen. Zwischen unzähligen abgelehnten Bewerbungen, Berufen, die mit Kopftuch nicht ausgeübt werden können und abwertenden Kommentaren von Professor*innen an der Universität gibt es viel Gesprächsbedarf. Bei der Diskussionsrunde nehmen deshalb auch Forscher*innen, Politiker*innen und Vertreter*innen von Initiativen teil.

Die Benachteiligung in der Erwerbswelt beginnt schon vor der Aufnahme einer Arbeit. Schon 2005 untersuchte eine Studie der Freien Universität Berlin, wie Arbeitgeber*innen auf Bewerbungen von verschiedenen Kandidat*innen reagieren. Dafür wurden 140 fingierte Bewerbungen an insgesamt 35 Unternehmen gesendet. Darunter jeweils ein Mann und eine Frau mit deutschstämmigen Namen, sowie ein Mann und eine Frau mit türkischstämmigen Namen, jede*r mit gleichwertigen Voraussetzungen für die Arbeitsstelle. Der vermeintlich deutschstämmige Mann erhielt die meisten Vorstellungsgespräche, danach die deutschstämmige Frau, gefolgt von dem vermeintlich türkischen Mann. Die Frau mit dem türkischen Namen erhielt gar keine Einladung.

Mehrfach-Diskriminierung

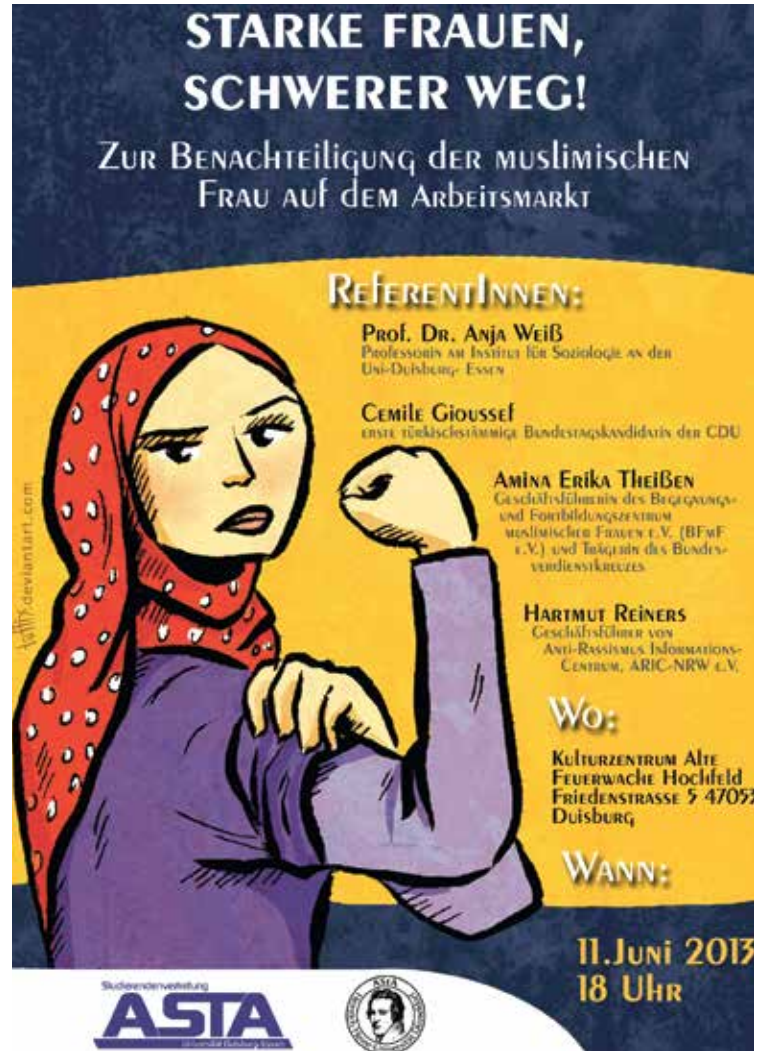
„Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt ohnehin schon diskriminiert“, sagt Frauenreferentin Ümmügülüm-Seyma Karahan, Organisatorin der Podiumsdiskussion. „Ich bin eine Frau, ich bin eine kopftuchtragende Muslima und ich habe auch noch einen

Migrationshintergrund, das ist sogar schon eine dreifache-Diskriminierung. Wir wollen zeigen, dass wir es doppelt so schwer haben und doppelt so kämpfen und uns beweisen müssen“, so die Referentin Karahan weiter.

Anders als in sogenannten „Kopftuch-Debatten“ in den deutschen Mainstream-Medien soll an der Uni Essen nicht vor allem über, sondern mit den Betroffenen gesprochen werden. Dabei soll deutlich werden: Auch wenn muslimische Frauen es nachweislich deutlich schwerer haben, wäre es eine falsche Perspektive, sie nur als Opfer, und nicht als selbstbewusste Personen anzusehen, die sich durchaus gegen die Verhältnisse wehren. „Der Titel soll vor allem zum Ausdruck bringen, dass wir nicht die unterdrückten Frauen sind, sondern starke Persönlichkeiten und kompetente Frauen, die von Arbeitswegen und der Gesellschaft einen schweren Weg zu gehen haben“, sagt Karahan.

Keine Lehrerinnen mit Kopftuch in NRW

Es gibt auch Berufe, die dürfen muslimischen Frauen, die darauf bestehen, ein Kopftuch zu tra-



Das Plakat der Veranstaltung (AStA-Öffentlichkeitsreferat)

gen, nicht ausüben. An Schulen zum Beispiel gilt ein Neutralitätsgebot, das zur Trennung von Religion und Staat beitragen soll: „Lehrerinnen und Lehrer dürfen in der Schule keine politischen, religiösen, weltanschaulichen oder ähnliche äußere Bekun-

dungen abgeben, die geeignet sind, die Neutralität des Landes gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie Eltern oder den politischen, religiösen oder weltanschaulichen Schulfrieden zu gefährden oder zu stören“, heißt es seit Mitte 2006 in §57 Absatz 4

TIPPS & TERMINE

Wahl zum Studierendenparlament von Montag bis Freitag

Foto: mac

MITTWOCH – FREITAG

Wahl zum Studi-Parlament

Von Montag bis Freitag könnt ihr zwischen 10 und 16 Uhr eure Stimmen für die Wahl zum Studiparlament abgeben. Wahlurnen findet ihr in Duisburg in LB, MM, LA und BA, in Essen am Klinikum, in So4, im Mensa-Foyer, in So5, vor der Bib und in R12.

► Bis Wahllokalschluss, Campus Essen und Duisburg

MITTWOCH, 05.06.

Jazzzone

Jeden ersten Mittwoch findet die Jazzzone mit Guido Bleckman am Bass und Peter Härtel an den Drums statt. Sie bietet euch abwechslungsreiche, groovende, sowie lockere Rhythmen mit immer wechselnden Gästen in gemütlicher Kneipen- und Lounge-Atmosphäre.

► Ab 21 Uhr, Djäzz, Börsenstr. 11 Duisburg, Eintritt frei

MITTWOCH, 05.06.

Tofu-Club

In schranzigem Ambiente gibt es mal wieder vegetarisches und veganes Essen. Diese Woche gibt es Fufu und Suya mit Erdnussauce als Hauptspeise zu servieren und als Dessert wird es Plunderteilchen geben.

► Ab 19.30 Uhr, 1,50 Euro, AKZ Recklinghausen

des Schulgesetzes NRW. Im Jahr 2007 wurde darauf einer Lehrerin, die ein Kopftuch trug, gekündigt. Das Urteil hatte bis zum Bundesarbeitsgericht Bestand. Während es in anderen Bereichen nach wie vor enge Verflechtungen zwischen staatlichen Organen und den christlichen Kirchen gibt, wird diese Bestimmung so umgesetzt, dass Lehrerinnen in den Schulen kein Kopftuch tragen dürfen, außer es handelt sich um Religionsunterricht.

Viele Lehramtsstudentinnen muslimischen Glaubens hoffen allerdings auf eine Gesetzesänderung, sagt Frauenreferentin Karahan. „Es ist ihr Traumberuf, und sie wünschen sich, dass sie irgendwann die Chance bekommen zu unterrichten, in NRW oder in einem anderem Bundesland. Aber nicht nur Schulen, auch in Kindergärten und Tagesstätten darf man nicht überall mit Kopftuch arbeiten. In NRW ist das erlaubt, in Berlin und Baden-Württemberg jedoch verboten“, so Karahan.

Diskriminierung von Muslima an der Universität

Und nicht nur in bestimmten Studienfächern, auch im Alltag werden Muslimas an der Universität diskriminiert. In einer Studienbefragung der Uni Duisburg-Essen gaben rund 20 Prozent der Befragten Muslime an, schon einmal Diskriminierung aufgrund ihrer Religion beobachtet zu haben. Damit sind sie die Gruppe auf dem Campus, die laut des Berichts „Diskriminierungserfahrungen von Studierenden

– Ergebnisse der großen UDE Studierendenbefragung“ am häufigsten Diskriminierung wahrgenommen hat. Rund 13 Prozent geben an, sie auch am eigenen Leib erfahren zu haben. Im dem Bericht fasst das Zentrum für Hochschul- und Qualitätsentwicklung zusammen: „Muslimische Studierende beklagen die Pauschalisierung ihrer Religion als ‚terroristische‘ Vereinigung.“

Islamfeindliche Kommentare von Kommiliton*innen

Durch die Befragung wurde auch deutlich dass islamfeindliche Kommentare nicht nur von Mitstudierenden kommen. „In der Umfrage (Uni-Due) wurde betont, dass Kommilitoninnen mit Kopftuch viel öfter ausgegrenzt werden und mit Beleidigungen zu kämpfen haben, sowohl von Studierenden, als auch von Dozenten“, sagt , sagt Ümmügülüm-Seyma Karahan. „Eine Studentin wurde zum Beispiel angepöbelt, ob sie den Dozenten auch richtig hören könne unter ihrem Kopftuch.“

Dabei würden die Leistungen, die muslimische Studentinnen erbringen, mitunter weniger wahrgenommen, meint die Frauenreferentin. „Ein Problem ist, dass wir nicht anerkannt werden, weil viele immer noch das Bild der armen unterdrückten Muslima haben“, so Karahan. In der Befragung unterstützt eine Studentin diesen Eindruck mit ihrer persönlichen Erfahrung, die sie mit Diskriminierung gemacht hat: „Als Trägerin eines Kopftuches wurde mir unterstellt, ich

könne nicht eigenständig und kritisch denken.“

Die Diskriminierungen führen in manchen Fällen sogar zu akademischen Benachteiligungen: „Eine Gruppe mit überwiegend Kopftuch tragenden Frauen hat definitiv ungerechtfertigt eine schlechtere Note bekommen“, ist in dem Bericht aus dem Jahr 2011 zu lesen.

Auf der Podiumsdiskussion sollen die Hindernisse für Musli-

ma auf dem Arbeitsmarkt und an der Universität aber nicht nur beschrieben oder skizziert werden. „Man muss in Zukunft auf die Arbeitgeber zugehen und zusammenarbeiten“, sagt Referentin Karahan. „Nicht nur Betroffenen sollten alleine Vereine gründen und sich dafür einsetzen. Man soll in Zukunft sehen, dass man Arbeitgeber, Politik und Betroffene unter einen Hut bekommt.“ [mac]



Die Referentin Ümmügülüm-Seyma Karahan vom Autonomen Frauenreferat hat die Podiumsdiskussion organisiert. (Foto: privat)

FREITAG, 07.06.

The Kids

Guter alter Punk Rock mit der seit 1976 bestehenden belgischen Band The Kids, der man ihr Alter auf der Bühne nicht anmerkt. Im Anschluss steigt die After Show Party mit DJ Peter Torpedo und DJ Sylvester Rakete. Aftershow-Party: Eintritt frei.

► ab 20.30 Uhr, Panic Room, Essen, Eintritt frei

FREITAG, 07.06.

Kommando Tanzalarm

Jeden ersten Freitag wummert die Tanzfläche der Essener Temple Bar, denn die „Kommando Tanzalarm“-Party steht wieder an. Hier gibt's Elektronische Musik, Old School, House Classics und French-House auf Vinyl für euch.

► Ab 23 Uhr, am Salzmarkt 1, Essen Stadtmitte

SAMSTAG, 08.06.

Tanz oder gar nicht

Die DJ's Bada Bumm und tonsubversion sind nach einigen Auswärtsspielen wieder zurück im AZ Mülheim und legen Techno, Minimal und Elektro auf. Auf dem zweiten Floor kann zu Rap, D'n'B und insbesondere Trash-Pop gefeiert werden.

► ab 22 Uhr, Autonomes Zentrum Mülheim

DONNERSTAG, 13.06

Die drei ???

Seit 34 Jahren ist er die Stimme von Justus Jonas, dem Kopf des legendären Detektiv-Trios „die drei ???“. Auf jeder Party der Reihe liest Oliver Rohrbeck eine Folge aus dem ???-Fundus, die vorher per Abstimmung entschieden wird.

► Ab 20 Uhr, Am stadthafen 6, Recklinghausen

„Ringen muss olympisch bleiben!“



Ralf Angenendt und der Germania Essen-Altenessen informieren über den Sport und versuchen Ringen populärer zu machen. (Foto: sabi)

Als eine der ältesten Sportarten war das Ringen bereits in den Olympischen Spielen der Antike vertreten und ist somit selbst älter als unsere Zeitrechnung. Wenn es nach Jacques Rogge, dem Präsident des Internationalen Olympischen Komitees geht, könnte die traditionsreiche Disziplin jedoch nun zu Gunsten neuer populärer Sportarten wie Squash aus den Olympischen Spielen der Neuzeit verbannt werden. Nachdem zu Beginn des Jahres eine Vorentscheidung getroffen wurde, fällt im September das endgültige Urteil.

Rund hundert Tage ist es her, dass der weltweite Ringsport eine Hiobsbotschaft erhalten hat: Ringen soll aus dem Kernprogramm der Olympischen Sommerspiele 2020 gestrichen werden.

In die Bahnen geleitet hat dies der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOK oder auch IOC), Jacques Rogge, der eine umfassende Studie entwickelt hat, die nach 39 Kriterien aussortiert, welche der derzeitigen Disziplinen durch eine neue ersetzt werden sollte.

In der ersten Ausscheidungsrunde in Lausanne ließ das Internationale Olympische Komitee die für am schwächsten befundenen Sportarten gegeneinander antreten. Sowohl alte Disziplinen wie Gewichtheben der Frauen, Synchronschwimmen und Snooker als auch neue Anwärter wie Wakeboarden, Klettern und Rollschuh-sport versuchten sich hier durchzusetzen.

Ringen doch wieder auf der Shortlist

Nachdem Ringen im Februar schon in der ersten Ausscheidungsrunde als olympische Disziplin ausgeschieden war, hat die Sportart sich durch zahlreiche Kampagnen und Neuerungen in die Sommerspiele 2020 zurück gekämpft. Von einer Online-Präsenz unter dem Motto: „Ringen um Olympia – Rettet das Ringen!“ über eine Petition mit über 120.000 Unterschriften bis zur Amtsenthaltung des alten Präsidenten des internationalen Amateur-Ringer*innen-Verbandes hat die Ringer-Lobby nichts unversucht gelassen. Und das wie man sieht mit Erfolg, denn nach dem vorläufigen Aus steht Ringen nun doch wieder auf der Shortlist, gemeinsam mit Squash und Baseball/Softball.

Tradition vs. Profit

„Durch die vielen Diskussionen hat der Ringsport immens an Aufmerksamkeit gewonnen. Aber das Ausscheiden aus Olympia wäre natürlich dennoch für uns, wie für jeden anderen Sport auch, schlecht“, sagt Ralf Angenendt, Trainer und Geschäftsführer des Ringer*innenvereins Germania Essen-Altenessen. „Für den Ringssport gab es immer schon wenig Interesse. Essener Fußballvereine beispielsweise haben mehrere E-Jugend-Mannschaften, wir hingegen haben nur einige Ringer in dem Alter“, so Angenendt weiter. „Wir versuchen natürlich den Sport populär zu machen, aber er lässt sich nur schwer vermarkten.“

Moniqué Kalweit, ehemalige

Deutsche Meisterin und Studentin an der Universität Duisburg-Essen sieht die Gründe für das unerwartete Olympia Beinahe-Aus in der Profitgier der IOK-Funktionäre, die ihre Entscheidung im Schweizer Nobelhotel Lausanne Palace fällten: „Obwohl Ringen eine der ältesten Sportarten der Welt ist, ist es außer in Ländern wie den USA, Iran oder Russland nicht so populär und findet nur wenige Zuschauer. Da bei Olympia aber hauptsächlich Themen wie Geld, Popularität und Einschaltquoten eine große Rolle spielen, fällt Ringen somit in dem Olympischen Programm negativ auf.“

Kurzer Prozess nicht nur im IOK

Nur drei Tage nachdem bekannt wurde, dass es sich nach den Sommerspielen 2016 in Rio de Janeiro bei Olympia „ausgerungen“ haben soll, reagierte die Ringer*innen-Lobby mit einschneidenden Maßnahmen. Mit der kurzfristigen Erhebung des alten Präsidenten des Ringer*innenverbandes und der darauf folgenden Wahl von Nenad Lalovic am 16.02.2013 wurde keine Zeit verschenkt, um den Sport wieder ins olympische Boot zu holen.

Wesentlichen Änderungen im Regelwerk hinsichtlich Punktvorgabe und Wettkampfzeit sollen die Sportart nun außerdem für die breite Masse verständlicher und vor allem attraktiver machen.

Doch nicht nur disziplin-intern sorgt der weltweite Proteststurm der Ringer*innen für Aufmerksamkeit, auch prominente Befürworter des Sports wie Axel Schulz und Franz Beckenbauer fordern „Ringen muss

Olympisch bleiben“.

„1988 wurde ich für die Olympischen Spiele in Seoul aufgestellt, das war damals das Größte für mich. Doch leider hat mir in der letzten Sekunde ein Motorradunfall einen Strich durch die Rechnung gemacht“, erinnert sich Ralf Angenendt, der seit 32 Jahren aktiv ringt und hofft, dass noch weitere Generationen seines Sports die Chance haben werden, an dem einstmaligen traditionsreichen Wettkampf teil zu nehmen.

Am 7. September findet die 125. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees in Buenos Aires statt. Neben dem Entschluss über den Austragungsort, in dessen näherer Auswahl Istanbul, Madrid und Tokio stehen, wird die existenzielle Entscheidung getroffen: Wird Squash oder Baseball neben den 27 bereits feststehenden Sportarten olympisch werden oder soll doch eben Ringen olympisch bleiben?

Die Prognosen stehen jedenfalls zugunsten der Ringer*innen und natürlich sind sie sich der Qualität ihres Sports sicher. Mit Statements wie „Ringen ist der Ursport“, und „Ringen ist so olympisch wie das olympische Feuer“ will die Initiative „Ringen um Olympia – Rettet das Ringen“ in einem Image-Film daran erinnern, dass Ringen eine jahrtausendealte Tradition hat, die es wert ist gefördert und erhalten zu werden. [sabi]

ONLINE-PETITION

Unterschreibe die Petition auf www.ringen-um-olympia.de

Hochzeit hier, Zivilpakt da

Vor der Hochzeit gab es die Krawalle: Im Vorfeld der ersten gleichgeschlechtlichen Hochzeit in Frankreich haben in Paris erneut Hunderttausende gegen die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben demonstriert. Unterstützt wurden die Proteste von der konservativen Oppositionspartei UMP, von diversen christlichen Organisationen und dem extrem rechten Front National. Geholfen hat das alles nichts: Mit dem in Kraft getretenen neuen Eherecht hat Frankreich die Diskriminierung von homosexuellen Dauerpartnerschaften deutlich stärker abgebaut, als das bisher in Deutschland der Fall ist. Trotzdem gibt es aus der schwul-lesbischen Bewegung auch Kritik – nicht an der rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, sondern an den Eheprivilegien insgesamt.

„Eingetragene Lebenspartnerschaft“, so nennt sich in Deutschland das Modell, dass seit inzwischen zwölf Jahren gleichgeschlechtlichen Paaren offen steht. Im Vergleich zur Ehe gibt es für sie diverse steuerrechtliche Nachteile, und auch kein gemeinsames Adoptionsrecht. Außerdem ist sie nicht wie die Ehe zwischen Mann und Frau durch das Grundgesetz besonders geschützt. Auf viele Betroffene wirkt die Eingetragene Lebenspartnerschaft daher wie eine Ehe zweiter Klasse. So fordert etwa der Lesben- und Schwulenverband LSVD, dass auch in Deutschland Menschen gleichen Geschlechts heiraten dürfen.

Rot-Grün: Als Opposition jetzt doch dafür

In ihrer Regierungszeit von 1998 bis 2005 hatten die SPD und die Grünen die Homo-Ehe nicht durchgesetzt, sondern sich für das wegen der verbliebenen Diskriminierungen kritisierte Lebenspartnerschaftsgesetz entschieden. Jetzt, wo die beiden Parteien auf Bundesebene in der Opposition sind, geben sie sich mutiger. So hat der rot-grün dominierte Bundesrat im März beschlossen, einen Gesetzesentwurf in den Bundestag einzubringen, der die Homo-Ehe erlauben würde. Obwohl es auch in der FDP inhaltliche Sympathien für den Vorstoß gibt,



Gay-Pride-Parade in Toulouse: Jetzt fand hier die erste Homo-Trauung statt. (Foto: Guillaume Pournier/WikimediaCommons/CC-BY 3.0)

steht so gut wie fest, dass er von der schwarz-gelben Mehrheit im Bundestag gestoppt werden wird.

Beyond marriage

Während der LSVD den im Bundestags-Vorwahlkampf eingebrachten rot-grünen Antrag als „historisch“ feiert, haben andere einen differenzierteren Blick auf die mögliche Ausdehnung der mit der Ehe verbundenen Privilegien auf gleichgeschlechtliche Paare. So machen emanzipatorische Queer-Aktivist*innen seit Jahren zum Beispiel auf den Christopher Street Day Paraden mit der Forderung auf sich aufmerksam, dass nicht die homosexuelle monogame Dauerpartnerschaft in den Kreis der Bevorzugung aufgenommen werden sollte, sondern dass stattdessen alle Lebensweisen gleichgestellt werden sollen. Denn selbst wenn Lesben und Schwule heiraten könnten und in Sachen Steuerrecht und Adoptionsrecht gleichgestellt werden würden, hieß es, dass trotzdem weitere Gruppen ausgeschlossen wären: Zum Beispiel Menschen, die sich nur für eine gewisse Zeit romantisch binden, oder solche, die andere Formen des Zusammenlebens wählen als eine romantische Zweierbeziehung. Die Kritik daran, dass der Staat mit seiner Ehegesetzgebung bis in den aller intimsten menschlichen Be-

reich hinein regiert, ist nicht neu. Bereits in den 1990er Jahren entwickelte sich in der schwul-lesbischen Bewegung die Forderung nach einer „Lebensweisenpolitik“, welche die bisherige heterosexistische „Familienpolitik“ ablösen sollte. In einer Gesellschaft, die sich als pluralistisch und gleichberechtigt definiert, dürfe eine systematische staatliche Bevorzugung von bestimmten Formen des Zusammenlebens nicht stattfinden, da dies notwendigerweise andere Formen des Zusammenlebens diskriminiere, so die Argumentation. Die Aktivist*innen forderten bereits damals, die Ehe durch einen zivilen Solidaritätspakt abzulösen, bei dem zwei oder mehr Personen die Rechte und Pflichten individuell vereinbaren können.

Auch in den Debatten um einen solchen Zivilpakt spielt Frankreich eine wichtige Rolle. Seit inzwischen 14 Jahren ist es dort möglich, einen „pacte civil de solidarité“ zu schließen. Anders als bei dem deutschen Lebenspartnerschaftsgesetz ist die französische Variante allerdings nicht auf homosexuelle Partnerschaften zugeschnitten. Im Gegenteil ziehen in Frankreich inzwischen ein Drittel der heterosexuellen Paare diese Form des Zusammenlebens einer Ehe vor – das sind 18 mal so viele wie die von gleichgeschlechtlichen Paaren geschlossenen Zivilpakte. [rvr]

KURZMELDUNGEN

Polizeigewalt bei Blockupy

Am vergangenen Samstag demonstrierten ca. 10.000 Personen in Frankfurt am Main friedlich gegen Kapitalismus und Krise. Obwohl die Demonstration in diesem Jahr genehmigt worden war, verhiinderten die 5000 eingesetzten Polizist*innen, dass diese ihr Ziel erreichte. Da einzelne Teilnehmer sich mit Sonnenbrillen unkenntlich gemacht, oder sich durch gepolsterte Kleidung zu schützen versucht hatten, hielt die Polizei mehrere Tausend Personen unter Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray stundenlang in der Innenstadt eingekesselt. Kritiker*innen sprechen von einer geplanten Eskalation und unverhältnismäßiger Brutalität. Polizeichef Thiel verweist hingegen auf das Versammlungsrecht, dass Polizist*innen zwingt, auch bei kleineren Verstößen gegen die Auflagen die Personalien der Tatverdächtigen festzustellen.

Wahlen an der UDE

Während bei den Senats- und Fakultätsratswahlen der kommenden Woche jede*r eine Stimme abgeben kann, gibt es bei der Stupa-Wahl zwei Stimmen zu vergeben. Die Erststimme entscheidet dabei, mit wie vielen Sitzen eine Liste im Parlament vertreten ist. Mit der Zweitstimme wird bestimmt, welche Kandidat*innen diese Sitze bekommen. Es müssen also eine Liste und eine Person angekreuzt werden. Auch Enthaltungen sind möglich. Dieses Jahr kandidieren sechs Listen für das Studierendenparlament: Die AStA-tragenden Listen Grüne HSG, Studierenden Muslime für Gerechtigkeit und Linke Liste SDS, sowie die Oppositionslisten Juso HSG, Lehramtsliste und Liste studierender Demokraten. Die Stimmabgabe ist Montag bis Freitag, 10 bis 16 Uhr möglich.

akduell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf unserer Facebook-Seite: ► www.facebook.de/akduell

Zeitungsredakteur*in gesucht

Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und Wordpress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion

eine freie Redakteurin bzw. einen freien Redakteur.

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt.

Während der Vorlesungszeit erscheint akduell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird Montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, Mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt.

Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von Dir, bis spätestens Mittwoch, den 19.06.2013 an: vorsitz@asta-due.de

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: [ASTA](#) der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: David Freydank

Anschrift: akduell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Redaktion dieser Ausgabe: Alex Grossert (aGro), Teresia Minjoli (ttm), Anna Maria Sabi (sabi), Maren Wenzel (mac), Rolf van Raden (rvr), Martin Niewendick (Mnd), Jules-Jamal El-Khatib (JJ)

Comic: Sebastian Happ

V.i.S.d.P.: Anna Maria Sabi (sabi)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

		8		4	3	1		7
			1	9		8	5	
6	4			8	2			
	5					3		6
3	6			8	7		1	
		9	6				8	2
4						7	2	
1		7	3	6	2	5		9
	2	5		1	4		3	8

HLP! #24: DIE GUTEN ALTEN ZEITEN!

